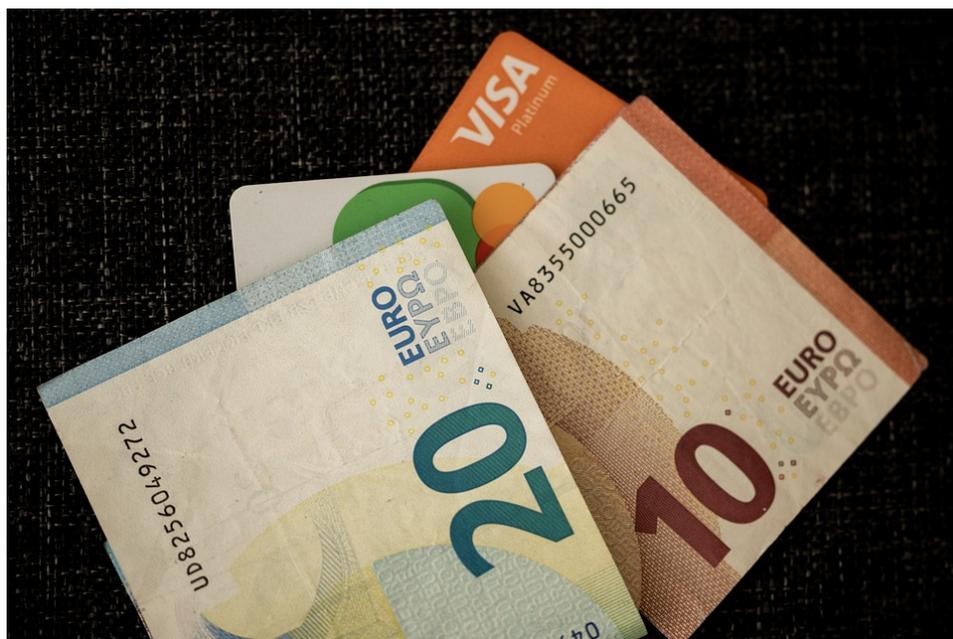


Tarifverhandlungen der NE-Bahnen: 7,6 % mehr Gehalt für Beschäftigte gefordert

Meta-Beschreibung: "Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) setzt in der bevorstehenden Tarifrunde neue Akzente, fordert 7,6% mehr Gehalt und ein tarifliches Zusatzgeld für besondere Belastungen. Lesen Sie, wie die EVG Arbeitskämpfe plant, um die Anliegen ihrer Mitglieder durchzusetzen, und erfahren Sie Einzelheiten zu den Verhandlungen mit den NE-Bahnen. Streiks könnten ab Dezember 2024 drohen."



Verhandlungen über Tarifsteigerungen bei NE-Bahnen: Bedeutung für die Beschäftigten

Am 8. Oktober 2024 beginnt die erste Verhandlungsrunde zwischen der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) und

den Unternehmen der NE-Bahnen. Diese Gespräche sind von großer Bedeutung für mehr als 30.000 Beschäftigte in diesem Sektor, da die EVG eine Gehaltserhöhung von 7,6 Prozent fordert. Diese Tarifforderung spiegelt die gestiegenen Lebenshaltungskosten wider und zeigt die Notwendigkeit, die Einkommen an die Inflation anzupassen.

Die EVG hat die Anliegen ihrer Mitglieder in einer Umfrage gesammelt. Die überwiegende Mehrheit sprach sich für höhere Gehälter und bessere Arbeitsbedingungen aus. „Die Beschäftigten wollen mehr Geld. Das gilt auch für Nachwuchskräfte und Dual Studierende; für diese fordern wir zusätzlich 150 Euro“, erklärt Cosima Ingenschay, eine der Verhandlungsführer. Dies zeigt, dass nicht nur die versierten Arbeitnehmer von den Verhandlungen profitieren würden, sondern auch die jüngeren Generationen, die oft in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen arbeiten.

Ein zentrales Anliegen der EVG ist auch die Einführung eines tariflichen Zusatzgeldes, das als Option für Schichtarbeitende sowie für Mitarbeitende, die Familienpflichten übernehmen, dienen soll. Dieses Modell, das den Namen „EVG-ZUG“ trägt, würde den Arbeitnehmern die Flexibilität bieten, einen Teil der Lohnerhöhung in Freizeit umzuwandeln. Ingenschay hebt hervor, dass damit Freiräume für Beschäftigte mit besonderen Belastungen geschaffen werden sollen.

Des Weiteren setzt sich die EVG dafür ein, dass bestehende Vereinbarungen über die Inflationsausgleichsprämie (IAP) erfüllt werden. Bisher wurde nur ein Teil der bis zu 3.000 Euro steuerfreien Einmalzahlung ausgezahlt, und die Gewerkschaft fordert, dass bis Ende Dezember eine Einigung über die restlichen Beträge erzielt wird. Der Druck auf die NE-Bahnen wächst, da ein erheblicher Teil der Belegschaft mit der Unsicherheit konfrontiert ist, ob ihre finanziellen Bedürfnisse berücksichtigt werden.

Die EVG fordert auch mehr Autonomie bei der Gestaltung der

Arbeitszeit. Beschäftigte sollen ähnlich wie bei der Deutschen Bahn die Möglichkeit haben, Vollzeitstellen von 40 auf 35 Stunden pro Woche zu reduzieren, was eine erhebliche Verbesserung der Work-Life-Balance darstellen würde. Diese Flexibilität ist für viele Arbeitnehmer entscheidend, um Beruf und private Verpflichtungen besser unter einen Hut zu bringen.

Besonders bemerkenswert ist die hohe Bereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder, für ihre Rechte zu kämpfen: Dreiviertel der Befragten unterstützen Maßnahmen, die bis hin zu Streiks gehen könnten, sollte dies notwendig sein, um die Forderungen durchzusetzen. Diese Entschlossenheit zeigt, wie wichtig die bevorstehenden Verhandlungen für die Belegschaft sind, deren Geduld angesichts steigender Lebenshaltungskosten bereits stark strapaziert wird.

Die Verhandlungen könnten sich als richtungsweisend für die gesamte Branche erweisen. Wenn die EVG erfolgreich ist, könnte dies nicht nur die Arbeitsbedingungen der NE-Bahnen verbessern, sondern auch einen Signalcharakter für andere Sektoren, insbesondere im Dienstleistungsbereich haben. „Eine Zwei-Klassen-Gesellschaft darf es nicht geben“, betonen Ingenschay und Loroach und verweisen auf die Notwendigkeit, gerechten Lohn für alle Beschäftigten zu gewährleisten.

Die kommenden Wochen sind entscheidend, und die EVG ist entschlossen, die Interessen ihrer Mitglieder durchzusetzen. Für die Arbeitnehmer der NE-Bahnen war die Tarifrunde nie so wichtig wie jetzt – in Zeiten, in denen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schwieriger werden und die Einkommen an die realen Lebensbedingungen angepasst werden müssen.

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de